

22 - 2020

*Herr
Präsident des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 10. Dezember 2024

Dringlichkeitsantrag

der Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst, Ewald Schneckner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend keine großen ungarischen Flüchtlingslager an der burgenländischen Grenze

Es wird ersucht, den gegenständlichen Dringlichkeitsantrag gemäß § 24 Abs. 3 GeOLT zu behandeln und dem Landtagsabgeordneten Dr. Roland Fürst das Wort zur Begründung zu erteilen.

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend keine großen ungarischen Flüchtlingslager an der burgenländischen Grenze

Vergangenen September berichteten mehrere Medien über den Bau eines Flüchtlingslagers in Vitnyéd, etwa 15 Kilometer von der burgenländischen Grenze entfernt. Auch örtliche ungarische Politiker zeigten dieses Bauvorhaben der rechtskonservativen Regierung unter der Führung von Orbán auf. Vor Ort wurde um eine alte Berufsschule ein drei Meter hoher Zaun errichtet. In einem Turnsaal auf dem streng polizeilich bewachten Areal wurden dutzende Doppelstockbetten aufgestellt. Hunderte ungarische Bürger:innen gingen auf die Straße, um ihren Unmut gegen das geplante Flüchtlingslager zu äußern. Daraufhin formierte sich in der Gemeinde eine Widerstandsgruppe.

Als Ursache für dieses Vorhaben der ungarischen Regierung werden die im Juni verhängten Strafzahlungen des Europäischen Gerichtshofs angeführt, welche aufgrund der Nichteinhaltung der EU-Asylvorschriften gegen Ungarn verhängt wurden. Ungarn wurde insgesamt zu einer Strafzahlung von 200 Millionen Euro verurteilt und muss zusätzlich eine tägliche Geldstrafe von 1 Million Euro entrichten, bis die bestehenden Missstände behoben und die Verpflichtungen im Rahmen der EU-Asylpolitik erfüllt sind. Die Versäumnisse Ungarns in diesem Bereich stellen einen wesentlichen Grund dafür dar, dass in Österreich eine hohe Zahl an Asylanträgen gestellt wurde und weiterhin wird – aktuell belaufen sich diese erneut auf knapp 22.000. Besonders problematisch war die Entscheidung Ungarns, im Mai 2023 tausende Schlepper aus der Haft zu entlassen, verbunden mit der Auflage, das Land zu verlassen. Diese Schlepper waren zuvor unter Einsatz von EU-Geldern und mit Unterstützung der österreichischen Exekutive festgenommen worden – ein eklatanter Rückschlag für die effektive Bekämpfung von Schlepperei. Dieses Vorgehen verdeutlicht, dass Ungarn unter der Führung Viktor Orbáns kein verlässlicher Partner in der Bewältigung der Asylproblematik ist.

Mit dem Auftauchen der Gerüchte über das geplante Flüchtlingslager positionierte sich Landeshauptmann Doskozil klar gegen dieses Vorhaben. Der burgenländische Landeshauptmann forderte die Bundesregierung auf, aktiv zu werden und die Pläne von Orbán zu verhindern. Außerdem würde sich das Burgenland mit allen möglichen rechtlichen und politischen Möglichkeiten zu Wehr setzen, notfalls sogar mit Schließung der Grenzübergänge. Im Gegensatz dazu stellte sich die FPÖ Burgenland nicht auf die Seite der burgenländischen Bevölkerung, sondern verteidigt ihre Freunde aus Ungarn und übernahm kritiklos die offizielle Regierungslinie.

Die ungarische Regierung betonte mehrfach, dass es in Vitnyéd kein Flüchtlingslager geben werde. Ein Vertreter der ungarischen Regierung erklärte, dass die Anlage als Feriencamp für Jugendliche genutzt werden soll. Nur Wochen später tauchten Dokumente der ungarischen Regierung auf, die für den Bau eines Flüchtlingslagers sprechen. In der Vorlage des ungarischen Innenministeriums sind 11,7 Millionen Euro für den Bau eines Flüchtlingslagers mit einer Kapazität von 500 Plätzen vorgesehen. Dies erklärt auch den über drei Meter hohen Zaun um das Gelände sowie das Aufstellen von Stockbetten im Turnsaal.

Ungarische Medien und heimische Medien berichten nun von zwei weiteren Flüchtlingslagern in der Nähe zur burgenländischen Grenze. Neben dem Flüchtlingslager in Vitnyéd soll ein Lager am Rábaring in der Nähe von Écs und eines bei Albertkázmérpuszta entstehen. Bemerkenswert ist, dass alle drei geplanten Flüchtlingslager in unmittelbarer Nähe zur burgenländischen Grenze errichtet werden sollen. Angesichts der neuen Informationen über zwei zusätzliche Lager ist ein sofortiges Handeln der österreichischen Bundesregierung unerlässlich, um mögliche Auswirkungen auf das Burgenland rechtzeitig entgegenzuwirken.

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag spricht sich gegen den geplanten Bau von ungarischen Flüchtlingslagern in der Nähe zur burgenländischen Grenze aus.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge unverzüglich mit der ungarischen Regierung in Kontakt treten und

- sich entschieden gegen den geplanten Bau von ungarischen Flüchtlingslagern in der Nähe zur burgenländischen Grenze einsetzen
- sowie Ungarn darauf drängen, die EU-Asylregeln einzuhalten.